

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#) (38 Seiten).

Frage 1: Migration als Teil von Köln gestalten

Migration prägt und gestaltet die Stadt Köln schon immer in ihrer Geschichte und wird dies auch in der Zukunft tun, damit Köln als solidarische Millionenstadt fortbesteht.

- a) Was wollen Sie dafür tun, dass Köln weiterhin attraktiv bleibt für Menschen mit internationaler Familiengeschichte? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Menschen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Ressourcen – Köln bereichern können?
- b) Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Verwaltung sensibel gegenüber Rassismus und Diskriminierung agiert, sich aktiv dagegen einsetzt und dafür die notwendigen Finanzmittel erhält?
- c) Werden Sie die bewährte Struktur des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat OB behalten?

2025
BERİVAN
AYMAZ
Oberbürgermeisterin für Köln

Berivan Aymaz – Die GRÜNEN

a) *Damit Köln auch in Zukunft für Menschen mit internationaler Familiengeschichte attraktiv bleibt, setzen wir GRÜNEN und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz uns für eine offene, solidarische und chancengerechte Stadt ein – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Deshalb stehen wir für eine interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung ein: Kölner Ämter sollen eine echte Willkommensstruktur entwickeln – mit mehrsprachigen Informationen, divers geschultem Personal und einer bürgernahen Servicementalität. Die Personalstruktur der Stadtverwaltung soll dabei auf allen Ebenen, von der Sachbearbeitung bis zur Führungskraft, die vielfältige Gesellschaft Kölns widerspiegeln. Wir GRÜNE fordern die weitere Entwicklung der Ausländerbehörde hin zu einer umfassenden Willkommensbehörde, die Beratung, Orientierung und Begleitung aus einer Hand bietet – insbesondere auch für Menschen in prekären Lebenslagen. Der Zugang zu guter Bildung und Betreuung ist entscheidend für gelingende Teilhabe. Wir investieren deshalb in Kitas, Schulen und Ganztagsangebote, damit alle Kinder gleiche Chancen haben – unabhängig vom sozialen Hintergrund. Auch die Erwachsenenbildung, Sprachförderung und berufliche Qualifizierung wollen wir stärken, um die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir fördern gute und sichere Arbeitsplätze in der Stadt, insbesondere in zukunftsfähigen Branchen wie Umwelttechnik, Pflege, Bildung und sozialer Arbeit. Gleichzeitig setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen und eine schnelle Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein. Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken, setzen wir uns für sozialen Wohnungsbau, eine aktive Bodenpolitik und gemeinwohlorientierte Wohnprojekte ein. Die Arbeit vieler Träger und Vereine sowie das Ehrenamt sind das Rückgrat unserer Stadtgesellschaft. Bereits heute engagieren sich viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Dieses Engagement wollen wir gezielt fördern: durch mehr Räume, Beratung und finanzielle Unterstützung. Köln soll ein Ort sein, an dem alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass, ihre Potenziale entfalten und die Stadt mitgestalten können.*

b) *Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns klar gegen Rassismus und Diskriminierung ein – in der Stadt und in der Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass innerhalb der Verwaltung regelmäßige Schulungen und eine kontinuierliche Sensibilisierung der Mitarbeitenden stattfinden, um diskriminierungsfreies und vorurteilsbewusstes Handeln zu stärken. Die städtische Antidiskriminierungsstelle nach dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) befindet sich derzeit im Aufbau. Wir begleiten diesen Prozess aktiv, damit Betroffene künftig kompetente Ansprechpersonen und wirksamen Schutz innerhalb der Verwaltung erhalten.*

Außerhalb der Verwaltung unterstützen wir Initiativen, Träger und beispielsweise die Antidiskriminierungsbüros durch gezielte Förderprogramme, damit Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung langfristig wirken können. Die dafür notwendigen Mittel haben wir in der Vergangenheit bereits im städtischen Haushalt verankert und setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt bzw. der Haushalt weiterhin entsprechend ausgebaut wird!

c) *Struktur des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat OB behalten? Ja. Integration und Vielfalt sind Ressourcen übergreifende Themen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung.*



	Markus Greitemann – CDU: a) Köln ist von Vielfalt geprägt. Die CDU Köln erkennt Migration als festen Bestandteil der Stadtgeschichte an und setzt dabei auf Integration durch Sprache, Bildung, Arbeit und demokratische Werte. Eine starke Gesellschaft gelingt nur, wenn alle mitwirken können. Deshalb fördern wir gezielt Frauen, Familien und ältere Menschen mit Migrationshintergrund und lehnen Parallelgesellschaften klar ab. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der schnellen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten durch den „Job-Turbo“. Zudem wollen wir die Angebote für EU-Bürgerinnen und -Bürger erweitern sowie Seniorennetzwerke und eine kultursensible Pflege für ältere Migrantinnen und Migranten ausbauen. Auch Sport betrachten wir als wichtiges Mittel der interkulturellen Begegnung. Darüber hinaus unterstützen wir Migrantenvereine und spezialisierte Organisationen, die mit ihren Projekten aktiv zur Förderung von Vielfalt und zum Zusammenhalt in unserer Stadt beitragen. b) Rassismus hat in Köln keinen Platz: nicht gestern, nicht heute und nicht morgen. Der Staat muss Vorbild sein und jede Form von Diskriminierung erkennen und bekämpfen. Deshalb will die CDU Köln die Verwaltung diskriminierungssensibler gestalten, Einbürgerungen schneller und bürgernah umsetzen sowie Aufenthaltskontrollen und die Lebenssituation von Asylbewerbern verbessern. c) Das Amt für Integration und Vielfalt bleibt unter CDU-Führung ein zentraler Baustein für ein lebenswertes Köln. Die Verortung im OB-Dezernat zeigt: Integration ist Querschnittsaufgabe, keine Randaufgabe. Statt Parallelstrukturen setzt die CDU auf eine neue Ausrichtung und eine durchdachte Integrationspolitik: klar, verbindlich, zukunftsorientiert.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Gemeinsam mit allen antirassistischen und migrantischen Vereinen dafür sorgen, dass es keine weiteren sozialen Kürzungen in diesem Bereich gibt! b. Durch hartnäckige, konkrete und inhaltliche Fraktionsarbeit, wie bisher. c. Ja, Aber die/der neue Oberbürgermeister/in entscheidet über die Ämteraufteilung.
	Volker Görzel – FDP: a) Köln ist Heimat und hat eine 2000-jährige Zuwanderungsgeschichte, die nicht umsonst viel besungen wird. Abseits vom Pathos ist die Multinationalität Kölns und seiner Einwohnerinnen und Einwohner eine Bereicherung für unsere Stadt und im Alltag überall sichtbar. Dennoch sehen wir auch hier noch großen Nachholbedarf. Köln muss seinem Ruf gerecht werden, Menschen verschiedenster Hintergründe eine Heimat bieten zu können und Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Wir streben nach einem weltoffenen und toleranten Köln. Köln bleibt attraktiv, wenn wir Vielfalt leben – durch Bildung, Teilhabe und sichtbare kulturelle Angebote, die allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrem Status oder ihren Ressourcen. Initiativen wie ein regelmäßiges „Fest der Kulturen“ sollen Vielfalt sichtbar machen und zum Mitmachen einladen. Die Förderung von Mehrsprachigkeit von frühester Kindheit an, wie z. B. durch mehrsprachige Kita-Gruppen – damit alle Kinder ihr sprachliches Potenzial entfalten können, ist uns wichtig. b) In unserer Gesellschaft werden Menschen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes oder ihrer religiösen Zugehörigkeit immer wieder ausgegrenzt und bedroht. Rechtspopulistische Hetze und verbale Angriffe gefährden das gesellschaftliche Zusammenleben, indem sie im vermeintlichen Namen der Deutschen gegen Minderheiten hetzen. Besonders unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind häufig von fremdenfeindlichen Vorurteilen betroffen, und der Islam wird von Rechtspopulisten als Feindbild instrumentalisiert und rassistisch aufgeladen. Wir tolerieren es nicht, dass Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder ihres Aussehens diskriminiert, angefeindet oder bedroht werden. Die Verwaltung trägt eine Vorbildfunktion – durch dauerhafte, sichtbare Haltung gegenüber Diskriminierung und aktivem Eintreten für Diversität. c) Bewährte Strukturen wie ein zentrales Amt für Integration und Vielfalt sollten erhalten bleiben, solange sie wirksam sind.



	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Köln attraktiv für Menschen mit internationaler Familiengeschichte erhalten GUT & KLIMA FREUNDE setzen sich klar für ein offenes, vielfältiges Köln ein. Die Vision einer solidarischen Stadtgesellschaft, in der Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus möglich ist, ist zentral. Das Programm fordert konsequenten Antirassismus, Barrierefreiheit, Teilhabe auf Augenhöhe und Anerkennung migrantischer Lebensrealitäten als Bestandteil städtischer Politik. b) Sensible, diskriminierungsfreie Verwaltung Eine rassismus- und diskriminierungssensible Verwaltung hat für uns große Wichtigkeit. Dazu gehören u.a. interkulturelle Öffnung, Diversity-Training, die Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen und eine migrantische Repräsentanz in städtischen Gremien. c) Beibehaltung des Amts für Integration und Vielfalt Wir unterstützen dezidiert bestehende Strukturen, die Vielfalt stärken. Das Amt für Integration und Vielfalt ist dabei ein wichtiger Akteur, dessen Erhalt und Stärkung im Sinne von GUT & KLIMA FREUNDE ist.
	Torsten Burmester – SPD: Köln ist seit jeher eine Stadt der Vielfalt. Menschen mit internationaler Familiengeschichte prägen unser Stadtbild, unsere Kultur und unsere Wirtschaft. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und ausbauen. Deshalb bekennen wir uns klar zur „Kölner Linie“ einer menschenrechtsorientierten Integrationspolitik. Das Amt für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin wird in seiner Struktur erhalten und gestärkt. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Verwaltung diskriminierungsfrei arbeitet und aktiv gegen Rassismus vorgeht – mit verpflichtenden Schulungen, einer stärkeren Antidiskriminierungsstelle und klarer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln. Ein diskriminierungsfreier Wohnungsmarkt ist uns besonders wichtig. Wir setzen uns für ein niedrighschwelliges Bewertungssystem ein, das Benachteiligungen sichtbar macht, und bauen Beratungsangebote für Mieterinnen und Vermieterinnen aus, damit Herkunft kein Hindernis bei der Wohnungssuche ist.
	Lars Wolfram – Volt: a) Auf Volts Initiative hat der Rat die Verwaltung beauftragt, einen International Welcome Desk in Köln einzurichten. Dieser soll als zentrale Anlaufstelle für internationale Fachkräfte und ihre Familien dienen. Beraten wird dort unter anderem zu Themen wie Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie zum deutschen Sozialversicherungssystem. Auch für Menschen mit Fluchthintergrund und gesichertem Aufenthaltsstatus soll es passende Angebote geben. Darüber hinaus soll der Welcome Desk Familien unterstützen und eng mit Schulämtern, internationalen Schulen und bilingualen Kitas zusammenarbeiten. Zudem informiert er über Weiterbildungsangebote und Sprachkurse. Wir setzen uns weiterhin aktiv für die Umsetzung dieses wichtigen Projekts ein. b) Wir haben verpflichtende Anti-Diskriminierungsschulungen für städtische Mitarbeitende beantragt. Die von Volt initiierten Schulungen für Führungskräfte und Mitarbeitende mit Außenkontakt wollen wir künftig weiter ausbauen und dauerhaft im Haushalt absichern. c) Volt Köln wird sich dafür einsetzen, dass das Amt für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin erhalten bleibt.

	Hans Mörtter – parteilos: „Köln bleibt Stadt des Miteinanders. Migration gehört zu unserer Geschichte und ist unsere Zukunft. Ich verspreche: Als Oberbürgermeister werde ich alles daransetzen, dass Menschenrechte geachtet, Teilhabe ermöglicht und Solidarität gelebt wird. Köln soll weiter Leuchtturm einer humanen Politik sein – gegen Abschottung, gegen Populismus, für Menschlichkeit.“ 👉 Meine Kernbotschaft: „Köln bleibt Stadt des Miteinanders. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Migration ist Teil unserer Geschichte und Zukunft – sie macht uns stark. Ich stehe klar gegen Abschottung und für eine Stadt des Bleibens.“ a) Migration gehört zur DNA Kölns. Ohne die Vielfalt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte wäre Köln nicht das, was es ist. Ich werde dafür sorgen, dass Köln ein Ort bleibt, an dem alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder finanziellen Mitteln – ihre Fähigkeiten einbringen und die Stadt bereichern können. Das bedeutet für mich: gleiche Chancen beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeit und Kultur. Jeder Mensch ist ein Gewinn für unsere Stadt, wenn wir Strukturen schaffen, die Teilhabe ermöglichen. b) Rassismus und Diskriminierung darf in der Verwaltung keinen Platz haben. Ich werde dafür sorgen, dass alle Mitarbeitenden verpflichtende Fortbildungen erhalten, die für strukturelle Diskriminierung sensibilisieren. Außerdem setze ich mich für unabhängige Beschwerdestellen ein und stelle sicher, dass hierfür auch dauerhaft die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen. c) Das Amt für Integration und Vielfalt ist ein Herzstück der Kölner Integrationsarbeit. Ich werde diese bewährte Struktur nicht nur erhalten, sondern auch stärken, damit es als Motor für eine vielfältige, offene Stadt weiter wirken kann.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Die Kölner StadtGesellschaft bekennt sich zu einem vielfältigen, gerechten und offenen Köln. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Status und Ressourcen Teil der Stadt sein und ihre Umwelt mitgestalten können. Projekte zur Förderung von Inklusion, niedrigschwellige Beteiligung sowie Angebote in Bildung, Wohnen und Freizeit sind zentrale Bausteine b. Die Wählergruppe betont das Ziel einer transparenten, barrierefreien und inklusiven Verwaltung. Beteiligungsgremien, verständliche Informationspolitik und verbindliche Rückmeldefristen fördern eine sensible Verwaltungskultur. Es sollen Programme zur Integration und Antidiskriminierung gestärkt und fortgeführt werden. c. Das Programm hebt die Zusammenarbeit mit bestehenden städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hervor. Die Strukturen – wie das Amt für Integration und Vielfalt – werden weiter mitgedacht und unterstützt, da sie für Teilhabe, Beratung und Vielfalt essenziell sind.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 1 a) Köln soll sich vom ersten Tag an offen und verständlich anfühlen, mit mehrsprachigen Infos, erreichbaren Anlaufstellen und einfachen digitalen Angeboten, die bei Bedarf durch persönliche Unterstützung ergänzt werden. Mir ist wichtig, dass Wege nicht nur auf dem Papier existieren, sondern tatsächlich nutzbar sind. So werden Bildung, Arbeit, Wohnen, politische Beteiligung und der öffentliche Raum für alle praktisch zugänglich. 1 b) Eine Stadt ist nur stark, wenn sie Diskriminierung klar benennt und Betroffene schützt. Ich stehe für eine unabhängige Beschwerdestelle, regelmäßige Schulungen in



	der Verwaltung und verlässliche Förderung migrantischer Selbstorganisationen. Ich finde, nur so wachsen Vertrauen und Respekt auf beiden Seiten. 1 c) Vielfalt gehört in die Mitte der Stadtverwaltung. Das Amt für Integration und Vielfalt sollte im Dezernat der Oberbürgermeisterin gut ausgestattet sein und als Querschnittsstelle in alle Ämter wirken. Ich möchte, dass dort Impulse gebündelt und in der Praxis spürbar werden.
--	--

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

